

Was ist eigentlich Zeitpolitik ?

1. Gesellschaft unter Veränderungsdruck

Zukünfte sind Möglichkeitsräume. Oft stehen wir vor Entwicklungstendenzen, die nicht eindeutig zu bewerten sind, und solchen, die noch beeinflussbar erscheinen (vgl. Bremen 2030, 2003). Für eine politikorientierende Perspektive - und das versucht die zeitpolitische Perspektive zu sein (vgl. DGfZP 2003) - ist gerade eine solche Offenheit für unterschiedliche Deutungen interessant. Sie versucht beides: die Tendenzen aufzuspüren, die sich abzeichnen - aber auch Handlungsspielräume ausfindig zu machen, die für Alternativen und Gestaltungen offen sind (Mückenberger 2004).

Die Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft stellt uns in den kommenden Jahrzehnten vor deutlich veränderte Rahmenbedingungen, die sich auf die Alltagszeiten von Bewohnern und Nutzern gerade der Städte spürbar auswirken werden. Hier werden sie - dafür aber in Anlehnung an den internationalen Diskussionsstand (vgl. Castells 2001, Hochschild 2002, Carnoy 2002) - stark vereinfacht auf die Felder Erwerbsarbeit, Familie und lokale Gemeinschaft dargestellt:

Arbeit. Entgegen den Annahmen eines "Endes der Arbeitsgesellschaft" geht nicht Erwerbsarbeit zurück. Wirtschaft und Arbeit verändern allerdings grundlegend ihren Charakter. Sie werden räumlich und zeitlich "entgrenzt" (ent-betrieblicht), flexibilisiert und z. T. prekarisiert (z. B. unsichere Arbeitsverhältnisse, „dirty jobs“). Wissen und "Lernen-Lernen", "Wissen vermarkten können" werden für Individuen - Männer wie Frauen, Familien, eben auch Kinder - überlebenswichtig. Lebenszyklen verlieren dadurch ihre traditionellen Rhythmen und beschleunigen sich, Phasen der Beständigkeit und Ruhe werden zur Ausnahme. Das an Wissen geknüpfte Risiko, "abgehängt zu werden", bedroht die Gesellschaft mit sozialen Spaltungen. Dasselbe ist der Fall bei sozialen und räumlichen "Entmischungen" der Wohnbevölkerung durch Suburbanisierung usw. Damit sind auch - nicht nur - Probleme sozialer Gerechtigkeit verbunden.

Die Veränderungen in der alltäglichen Lebensführung enthalten zwar auch die Chance größerer Freiheit und Selbständigkeit - Freiheit sowohl der Individuen und Gruppen als auch zwischen den Geschlechtern und Generationen. Aber mit der Flexibilisierung, Beschleunigung und z. T. Bedrohung der Lebensverhältnisse dürfen die Individuen und Familien nicht alleingelassen werden. Sonst ist für sie der Traditionsverlust des Alltags gleichbedeutend mit stetigem Stress und fortwährender Fremdbestimmung.

Familien/Haushalte. Die Familien und Haushalte stehen - im Zusammenhang mit der veränderten Arbeitswelt - vor einer paradoxen Situation. Ihnen wird angesichts einer flexibilisierten und individualisierten Lebens- und Arbeitswelt mehr Arbeit an der Herstellung des sozialen Zusammenhalts zugewiesen. Sie sollen als Rückhalt für den "flexiblen Menschen" dienen, als "Puffer" für bedrohte berufliche Lagen, als verlängerte Lern- und Arbeitsstätte. Zugleich schwindet aber aufgrund derselben Bedingungen ihre Bindekraft weiter, sie werden sozusagen selbst zum Stressfaktor. Dafür sorgen die Phänomene, die gemeinhin unter den Stichworten der "Individualisierung" und "Pluralisierung der

Lebensformen" diskutiert werden: das veränderte Geschlechterverhältnis und die steigende Erwerbsteilnahme von Frauen, die zunehmenden Scheidungsquoten, die erhöhte Mobilität aller Familien- und Haushaltsmitglieder, der Geburtenrückgang der inländischen Bevölkerung, die veränderte Haushaltsformen wie auch die Überalterung der Bevölkerung. Der zu erwartende zahlenmäßige Rückgang und die gleichzeitige höhere Lebenserwartung der Bevölkerung lassen völlig neuartige Alltags-, Kommunikations-, Zeit- und Solidaritätsvorkehrungen erwarten. Dies bedeutet, dass die individuelle Organisation des Alltags zu einem zeitlichen Balanceakt wird, dass eine "Einheit des Alltages" kaum mehr erfahrbar wird.

Vieles spricht dafür, dass diese Schwierigkeiten in der Situation der Familien künftig eher noch zunehmen werden. Eine kulturelle Entmischung - auch angesichts von den Bevölkerungsrückgang kompensierenden Einwanderungswellen - könnte die Folge sein und die soziale Bindekraft bedrohen. Dabei lässt die Tendenz zur Entstädterung eine Re-Traditionalisierung im Geschlechterverhältnis befürchten. Die geringere Leistungskraft der Städte bedroht die Entfaltung der Entwicklungsbedingungen von Kindern. Die Solidaritätsgrundlagen der Gesellschaft drohen dabei überfordert zu werden und ihre Quellen zu versiegen. Darunter leiden nicht nur der soziale Zusammenhalt, sondern auch die wirtschaftliche Leistungskraft und die politische Integration.

Allerdings ist diese Entwicklung mehrdeutig und keineswegs ohne Alternativen. Gewiss ist die Familie in ihrer traditionellen Form von der dargestellten Überlastung bedroht. Individualisierung bedeutet aber nicht nur das zahlenmäßige Schrumpfen traditioneller Sozialformen und die Lockerung ehemals fester, lebenslanger sozialer Bindungen. Die andere Seite dieser Medaille sind eine Entlastung von den damit einhergehenden Verpflichtungen und die Möglichkeit, neue, selbstgewählte und flexiblere Formen von Gemeinschaft und Verbindlichkeit zu suchen und einzugehen. Mit neuen oder in ihrer Bedeutung wachsenden Formen von Gemeinschaften („Patchwork-Familien“, Nachbarschaften, milieuspezifische Unterstützungsnetzwerke etc.) entstehen zuweilen auch neue Chancen für die Beförderung von sozialem Zusammenhalt und Integration. Die Beförderung von Zeitpolitik setzt bewusst an diesen Chancen an und versucht, sie für die städtische Entwicklung zu nutzen.

Örtliche Gemeinschaft. Aus beiden Verwerfungen - der Flexibilisierung der Arbeits- und der Individualisierung und Pluralisierung der Lebenswelten - erwachsen neue Anforderungen an die und Erwartungen gegenüber der staatlichen (kommunalen, nationalen, aber auch übernationalen) Gemeinschaft. Diese befindet sich aber selbst in zu schwieriger Lage, als dass von ihr ohne weiteres Zutun Abhilfe für die Verwerfungen von Arbeit und Familie zu erwarten wäre.

Die lokalen Gemeinschaften verstärken oder wiederholen nämlich zuweilen diese Verwerfungen. Informelle Netze, die auf Familie oder Nachbarschaft beruhen, verlieren oft ihre Kraft oder lösen sich auf. Die Kommunen geraten als räumliche Einheiten durch Entstädterung in Gefahr. Sie verlieren Einwohner (nicht unbedingt "Nutzer"). Die Konkurrenz mit anderen Wohn-, Arbeits- und Freizeitattraktoren wächst. Durch allseitige Kommerzialisierung geraten sie unter erhöhten Beschleunigungs- und (Individual-) Verkehrsdruck und werden dadurch noch unattraktiver.

Und: Die Schere zwischen Aufgaben und Ausgaben (hier) der Kommunen öffnet sich weiter. Dazu tragen paradoxerweise die beiden o. g. Verwerfungen bei sowie die Krise der Kommunen und des

Steuerstaats. Vielfach stellt die Finanznot der Kommunen auch noch deren Identität (und damit die Identifizierung ihrer Bewohner) in Frage - eine heute geradezu verheerende Folge.

Wissensgesellschaft. Die drei geschilderten Tendenzen werden von Analytikern der "Informationsgesellschaft" mit dem Vordringen neuer Informations- und Kommunikationstechnologien in enge Verbindung gebracht (etwa Castells 2001). Es scheint, als hängen der radikale Wandel des Arbeitslebens ebenso wie bestimmte Auflösungstendenzen traditioneller Familienstrukturen oder Tendenzen der Entstädterung damit zusammen, dass an die Stelle "realer" Beziehungen, Kommunikationen und Aushandlungsprozessen in unvorstellbar großem Maße "virtuelle" treten - und in Zukunft noch mehr treten werden. Für den zeitpolitischen Zugang ist auch hier eine Doppeldeutigkeit zu verzeichnen: Das Informationszeitalter schafft neue ungeahnte zeitliche Probleme in der Bewältigung des Alltags - es schafft aber auch ungeahnte Lösungschancen für diese Probleme. Deshalb verdienen die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bei der Ausgestaltung der "zeitgerechten" Stadt der Zukunft große Aufmerksamkeit.

2. Was ist Zeitpolitik?

Von "Zeitpolitik" im engeren Sinne sprechen wir dann, wenn bewusst - öffentlich und partizipativ - Einfluss genommen wird auf die zeitlichen Bedingungen und/oder Wirkungen der politischen, wirtschaftlichen und insb. lebensweltlichen Bedingungen der menschlichen Existenz - und zwar vor Allem dort, wo die Lebenswelt sich abspielt: im nähräumlichen lokalen/regionalen Bereich. Vor Allem das partizipative Element unterscheidet moderne demokratische Zeitpolitik von traditionellen Veränderungen der gesellschaftlichen Zeitordnung (etwa die Durchsetzung der Normalzeit, die Veränderung der Arbeitszeiten, der Schulzeiten usw.). Zeitpolitik im moderneren Sinne geht davon aus, dass der demokratische Selbstregulierungsanspruch auch die zeitlichen Elemente des menschlichen Zusammenlebens und der Verhältnisse zwischen Menschen und Natur zu erfassen hat (Mückenberger 2004).

Wie Sozialpolitik die materiellen Lebensbedingungen gestaltet, so macht Zeitpolitik die zeitlichen Bedingungen des Alltags - Zeit als Ressource, Zeit als kulturelles Medium - zum Gegenstand bewusster, beteiligungsorientierter Gestaltung. Zeit wird dabei in zweifacher Weise verstanden:

- funktionell (quantitativ): wie kann verhindert werden, dass den Menschen Zeit "geraubt" wird, dass sie im Zeitgebrauch diskriminiert werden?
- kulturell (qualitativ): wie kann Menschen individuell und kollektiv ein Gebrauch von Zeit ermöglicht werden, der ihren Werten und Zielsetzungen entspricht?

Wir erkennen heute an, dass es in hoch-arbeitsteiligen Gesellschaften "Zeitkonflikte" gibt, auch dass Konflikte zwischen Zeit"anbietern" und Zeit"nachfragern" bestehen können. Sie finden vielfach im lokalen und regionalen Lebensumfeld statt oder werden dort erfahren - weshalb die "Lokale Zeitpolitik" zunehmend Aufmerksamkeit gewonnen hat. Wie schon betont, spricht Vieles dafür, dass sich die derzeit zu beobachtenden Verwerfungen in Arbeit, Familien und örtlicher Gemeinschaft in Zukunft fortsetzen, vielleicht sogar beschleunigen werden. Geschieht dies ohne Abmilderung und soziale Gestaltung, so wären nicht nur das Solidaritätsnetz, das kulturelle und soziale Leben, sondern auch die Wirtschaft und die Politik der Städte und Gemeinden am Nerv getroffen. Die Austragung solcher Kon-

flikte allein dem Staat (und dessen normativer "Setzung") oder dem Markt (und dessen "unsichtbarer Hand") zu überlassen, erscheint immer unbefriedigender. Die Bearbeitung zeitlicher Bedarfe und Konfliktlagen bedarf vielmehr oft auch neuer Politikformen ("governance") - nämlich solcher, die im Wege der Kooperation und der Beteiligung Vieler (der "Betroffenen", der "stakeholder") intelligente Aus handlungsformen darstellen und (dadurch) faire Interessenausgleiche hervorbringen.

3. Ziele von Zeitpolitik – Das Recht auf eigene Zeit

Das "Recht auf eigene Zeit" (Mückenberger 2004: Kapitel 7) stellt eine Vorbedingung für eine sozial und wirtschaftlich angemessene Konkretisierung von Zeitpolitiken dar. Die akademische Diskussion um das Verhältnis von Zeit und Recht hat in Europa bereits beachtliche Produkte hervorgebracht: vor Allem die Monografien von Günther Winkler (1995) und von Francois Ost (1999). Die Bemerkung von Ost, das «droit à son temps» (Recht auf eigene Zeit) bilde ein «préalable» (Vorbedingung) für ein «minimum de concordance des temps des uns et des autres» (ein Minimum der Konkordanz der Zeit der einen und der anderen) (Ost 1999: 31), enthält im Kern bereits die Einsicht, wie ein Recht auf eigene Zeit juristisch konstruiert werden kann. Gegen Ost ist allerdings einzuwenden, dass er in dem Zitat zwar wohl das Recht auf eigene Zeit als Vorbedingungen einer gesellschaftlichen Zeitkonkordanz identifiziert, nicht aber auch umgekehrt die gesellschaftliche Zeitkoordination als Vorbedingung des Rechts auf eigene Zeit. In Wirklichkeit handelt es sich um ein Wechselverhältnis zwischen Recht auf eigene Zeit und gesellschaftlicher Zeitkoordination. Gäbe es nur ein Recht auf eigene Zeit, so bliebe es folgenlos – wie sollte es denn mangels weiterer juristischer Anhaltspunkte einen präzisen normativen Gehalt mit einem klaren Verpflichtungsadressaten haben können? Ohne ein Recht auf Zeit wird allerdings auch keine gesellschaftliche Zeitkoordination Platz greifen – warum sollten sich denn Akteure – und zwar gerade mit Macht und/oder Geld ausgestatte Akteure – mit den zeitlichen Belangen anderer Akteure koordinieren, gar sich ihnen beugen, wenn diese nicht ein „Recht“ darauf beanspruchen könnten?

Drei konkrete Anforderungen folgen aus dem Recht auf eigene Zeit (Bremen 2030, 2003):

Erste Anforderung: Menschliche Räume sollen von räumlicher Dichte und zeitlicher Vielfalt geprägt und dadurch lebendig und anziehend sein.

Zeitgerechtigkeit ist dabei gekennzeichnet von der Unterschiedlichkeit von Zeiten und Rhythmen - aber auch dem Versuch, diese Unterschiedlichkeit miteinander in Beziehung zu setzen. Damit bietet sie auch ein sinnvolles Muster verschiedener Alltagszeiten und Geschwindigkeiten, was ihr so etwas wie ein kenntliches Gesicht (oder für Einwohner wie für Gäste erstrebenswerte "Identität") verleiht.

Die Anziehungskräfte von Innenstadt und Quartieren können durch eine Stadtentwicklungspolitik erhöht werden, die dieser Einsicht folgt. Eine solche Politik umfasst die ressortübergreifende Verzahnung etwa von Wohnförderung und Kulturförderung oder die inhaltliche und räumliche Öffnung von Bildungsknotenpunkten (Schulen) in die Stadtteile, aber auch die auf eine Balance von Integration und Autonomie abzielenden und ressortübergreifenden Angebote für Migrantinnen und Migranten.

Über funktionale Aspekte hinaus geht es bei zeitpolitischer Gestaltung darum, Zeiten und Räume für das Zusammentreffen und für interaktives Handeln zu schaffen. Damit werden gleichermaßen die

Rahmenbedingungen für städtische und wirtschaftliche Innovation wie auch für eine steigende Attraktivität der Stadt für Bewohner und Gäste verbessert.

Eine den alltäglichen Bedürfnissen entsprechende Organisation der Mobilität ohne gleichzeitige Zunahme des Verkehrs ist möglich, indem die bestehenden Mobilitätsknoten, die Mobilitätsmittel und die Linienführungen im Rahmen von Mobilitätspakten verändert werden. Perspektivisch können neue urbane und regionale alltagsbezogene Netze und Knoten - unter Einschluss gewerblicher Netzwerke - geschaffen und ausgestaltet werden. Zeitpolitisches Ziel dabei ist die Optimierung von Wegezeiten und die umfassende Zugänglichkeit von Innenstadt und Stadtbezirken für einander ergänzende Zwecke des Arbeitens (erwerblich und außererwerblich) und des Wohnens sowie eine zeit- und sozialverträgliche Erschließung für logistische Zwecke.

Zweite Anforderung: Arbeitszeiten, soziale Zeiten und städtische Zeitgestaltungen müssen auf die individuell zu bewältigende alltägliche Lebensführung zugeschnitten sein.

Vereinbarkeit darf unter modernen Bedingungen der Vielfältigkeit von Zeitmustern und Interessenlagen (vgl. Einleitungsabschnitt) nicht verkürzt als „Harmonie“ (miss-)verstanden werden. Sie muss als konflikthafter Prozess ("Zeitfragen sind Streitfragen" – ver.di 2004) verstanden werden, in dem es darauf ankommt, dass die Fähigkeit und Stärke der Konfliktaustragung entwickelt wird und dass gesellschaftliche Vorkehrungen der Moderation und Schlichtung in fairem Sinne bestehen und aktiv werden. Dies erfordert die zielstrebige Vernetzung der städtischen Akteure - es erfordert aber auch lokale Instanzen, die die unterschiedlichen städtischen Tempi und Rhythmen in Beziehung zueinander setzen und eine wünschenswerte zeitpolitische Vernetzung herbeiführen oder zumindest erleichtern können. Als solche lokale Instanzen kommen insbesondere "Zeitbüros" und zeitpolitische Foren - wie Mobilitäts- und Umweltforen, Bündnisse für Familie usw. – in Betracht.

Menschen sollen in die Lage versetzt werden, ihren Alltag nach eigenen Bedürfnissen und selbstgesetzten Qualitätskriterien zu organisieren. Diesem Zielbereich lassen sich Handlungsfelder der zeitgerechten Stadt zuordnen, die in ressortübergreifender Kooperation dem Ziel verlässlicher und flexibler Alltagszeiten dienen. Anknüpfungspunkte sind in neuen Zeit- und Organisationsmodellen der Betreuung etwa durch Kindertagesstätten (vgl. Projekt Bremen 2030) zu sehen. Für den Bildungsbereich ist eine stärkere Abstimmung von Schulzeiten mit Kinderbedürfnissen ("gute Schule") denkbar; aber auch veränderte Zeitstrukturen für Lehrerinnen und Lehrer oder Schule zu ungewöhnlichen Zeiten (Samstag) und an ungewöhnlichen Orten (Stadtteilöffnung).

Dass eine Ausbalancierung verschiedener Zeiten notwendig ist, aber auch eine Quelle möglicher Konflikte bildet, wird am Verhältnis von Arbeitszeiten und den Zeiten alltäglicher Lebensführung erkennbar (DGfZP 2005). Auf der einen Seite ist eine Abstimmung von Arbeitszeiten mit außererwerblichen Zeitmustern oder dem Einbau von Schulzeiten und Kinderbetreuungszeiten in die alltäglichen Zeitmuster sinnvoll. Auf der anderen Seite erscheint eine Anpassung z. B. sportlicher und kultureller Angebote an veränderte Arbeitszeiten potentieller Nutzerinnen und Nutzer oder etwa die Abstimmung von Öffnungszeiten mit touristischen Großereignissen als sinnvoll.

Dritte Anforderung: Öffentliche und private Dienstleistungen müssen konsequent so umgestaltet werden, dass sie den Blickwinkel der zeitlichen Zwänge und Bedürfnisse ihrer Nutzer/innen zum

Bezugspunkt der Qualität und Erreichbarkeit ihrer eigenen Angebote nehmen und damit der Herstellung und Beförderung der Lebensqualität dienen.

Kern dieser Modernisierung ist: Die Dienstleistungserbringer treffen Vorkehrungen, ihre Dienstleistungen nicht mehr in erster Linie aus ihrer eigenen "Binnenperspektive" heraus zu ordnen - was ist die effizienteste Form der Erbringung? was trägt zur Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten bei? -, sondern unter Berücksichtigung der "Außenperspektive" - wie fügen sich unsere Dienstleistungen in die sich ausdifferenzierende Vielfalt von Alltags-, „Lebenslagen“, von Nutzern und Nutzerinnen ein bzw. wie kann das Zeit- und Dienstleistungsspektrum diesen besser angepasst werden? Insofern beinhaltet eine ihrer eigenen Rolle und Aufgaben bewusste Modernisierung öffentlicher und privater Dienstleistungen neue Formen der sozialwissenschaftlichen Erhebung und der Einbeziehung der Klientel. Sie verspricht dafür aber auch einen Zuwachs an lokaler und regionaler Information, Kommunikation, Beteiligung, insgesamt wohl auch nahräumlicher Vertrauensbildung.

Handlungsfelder sind hier die Weiterentwicklung der Bürgerserviceorientierung, Einsatz von eGovernment zur Förderung der aktiven Bürgerstadt, die Beteiligung der Bürger an Planungsprozessen sowie ein partizipatives und umweltfreundliches Verkehrsmanagement. In diesem Bereich wird die zeitpolitische Aktivität der zeitgerechten Stadt vor Allem auf die funktionalen Ziele abstellen, dass Menschen so wenig wie möglich der Selbstbestimmung über ihre Zeit beraubt werden und in ihrem Zeitgebrauch nicht diskriminierenden Bedingungen unterliegen.

4. Instrumente der Zeitpolitik

Bei zeitpolitischer Praxis geht es darum, Lösungen für typische Zeitkonflikte und –problemlagen zu suchen und zu entwickeln, die für die Betroffenen ein Stück weit die Einlösung ihres Rechts auf eigene Zeit versprechen. Wenn z. B. Eltern die Möglichkeit geschaffen werden soll, ihre Arbeitszeiten mit den Kinderbetreuungs- und Schulzeiten besser vereinbaren zu können, dann bedarf es veränderter Formen der Tatsachenerkundung und der politischen Gestaltung, als wir sie bisher kennen. Im zeitpolitischen Zusammenhang tauchen denn auch Verhandlungs- und Vertragsformen auf (vgl. dazu Mückenberger/Warsewa 2005), wie wir sie am ehesten aus dem umweltpolitischen Geschehen kennen. Häufig wird gearbeitet mit Runden Tischen, die eine Vielfalt von Interessen verkörpern, und - als deren Ergebnis - mit "Sozialpakten", an denen zahlreiche Akteure beteiligt sind. Diese sollen aber nicht auf den Einzelfall beschränkt bleiben, sondern sollten in gewissem Umfang übertragbar und verallgemeinerbar sein.

Neue Beteiligungsmodelle und Pakte. Lokale Zeitpolitik ist somit nicht nur unter inhaltlichen, zeitgestalterischen Gesichtspunkten, sondern auch im Hinblick auf Verfahrensaspekte ein Experiment. Sie soll eine stetige Abstimmung und Rückkoppelung mit den amtlichen Ressorts als vielfach verantwortlichen Umsetzungsinstanzen für zeitpolitische Maßnahmen und eine interdisziplinäre statt ausschließlich fachpolitische Bearbeitung gewährleisten. Darüber hinaus sind an allen konkreten Projekten weitere Akteure - Unternehmen, Verbände oder auch wenig organisierte Interessengruppen, wie zum Beispiel Eltern, mit zum Teil konkurrierenden oder widerstreitenden Interessen - beteiligt, die in den herkömmlichen, oftmals bipolaren, antagonistischen Konfliktkonstellationen (z. B. Arbeitnehmer vs. Arbeitgeber) die „ausgeschlossene dritte Partei“ (z. B. die „Kunden“) darstellen.

Dabei treten innovative Netzwerke aus verschiedenen Akteuren an die Stelle regelgesteuerter Routine und zivilgesellschaftliche „Pakte“ an die Stelle konkurrenzdemokratischer Mehrheitsentscheidungen. Allerdings ist dabei ein starkes Beharrungsvermögen klassischer institutioneller Politikformen und ihrer Vertreter zu überwinden. Alternative Willensbildungs- und Entscheidungsverfahren wie auch die beteiligten Akteure bewegen sich unvermeidlich in einem Spannungsverhältnis zu den demokratisch legitimierten und professionellen Experten des politischen und administrativen Systems. Neue Beteiligungs- und Aushandlungsformen, die Aktivierung und Mobilisierung von zivilgesellschaftlichen und selbstorganisierten Entscheidungsmechanismen konkurrieren auf der anderen Seite mit allen möglichen anderen alltäglichen Aktivitäten und Erfordernissen – von den Belastungen durch Arbeit, Haushalt und dergleichen bis zu den diversen Erscheinungsformen von Unterhaltung und Freizeitgestaltung.

"Zeitpakete" sind die neue Form des Aushandeln und Kompromiss-Findens, die sich im Zuge der lokalen Zeitpolitik herausgebildet haben. So haben etwa "Lokale Zeitpakete zur Innenstadt- und Stadtteilrevitalisierung" mit Ladenöffnungszeiten zu tun, sie versuchen aber zugleich, den Ladenschluss-Streit aus seiner klassischen Verengung herauszulösen und zu einem produktiven Streit um die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit unserer Städte (Zentren und Subzentren) zu machen. Hier ist eine Vielzahl von Akteuren beteiligt – Einzelhändler, Beschäftigte und Gewerkschaften, private und öffentliche Organisationen, die Stadt selbst. Ich habe mehrfach gefordert - etwa als Experte in der Bundestags-Anhörung zum Ladenschlussgesetz 2003 - solche lokale Zeitpakete mit einem „Städteprivileg“ zu verbinden: Danach dürften Städte in Öffnungszeiten eine weitere Spanne vereinbaren als etwa die Einzelhandelszentren auf der Grünen Wiese - dies wäre ein zeitpolitischer Beitrag zu urbanem Leben und zur nachhaltigen Entwicklung. Ein andere Form zeitpolitischer Pakete sind die "Mobilitätspakte": also Mobilitätsbörsen, Abstimmungs-, Moderations- und Mediationsprozesse, bei denen bedürfnisadäquate Lösungen für Probleme massenhafter Fortbewegung gesucht und zeitlich gestaltet werden. Ziele sind hier, die Lebensqualität der Menschen zu erhöhen und die Flexibilitäts- und logistischen Anforderungen der großen wirtschaftlichen Akteure sowie die Anforderungen an nachhaltige Entwicklung zu erfüllen. Entsprechend komplex sind die Akteurskonstellationen und Aushandlungsprozesse, die zu solchen Mobilitätspakten führen (etwa Modena, Bozen-Süd, Wolfsburg, Vegesack).

In dem Maße, in dem diese Entwicklung hin zu einer kooperativen Politik sich entfaltet, unterstützt sie die ohnehin erkennbaren Tendenzen der Kontraktion institutionalisierter Politik und der Repolitisierung der Gesellschaft. Als symbolischer Ausdruck und konkrete Form dieser Entwicklung kann gelten, dass kollektiv bindende Entscheidungen in Gestalt von gesetzlichen oder behördlichen Regulierungen zunehmend durch formale Verträge, (semi-)formelle oder informelle Absprachen und Vereinbarungen ersetzt werden. Diese Form der kontraktuellen Politik bedeutet freilich keineswegs, dass legislative und demokratisch legitimierte Entscheidungen überflüssig werden bzw. dass sich kontraktuelle Formen dazu im Widerspruch entwickeln müssten. Viele Indizien sprechen im Gegenteil dafür, dass die Chancen für kooperative Willenbildungs- und Entscheidungsprozesse durch die Beibehaltung der formalen Entscheidungsrechte politischer Institutionen eher vergrößert werden („bargaining in the shadow of the law“). Allerdings setzt das eine neue Kultur der Regelsetzung voraus, die nicht vorrangig fixe Standards setzt, sondern die Verhandlungsanreize begründet und mit Politiken des „empowerment“ für weniger verhandlungsfähige Interessen verbindet.

Chronotope und Chronomaps. Dass die zeitpolitische Praxis noch ganz andere Instrumentarien hervorgebracht hat als beteiligungsbezogene, sei noch kurz an den neuen Konzepten der "Chronotope" (vgl. Bonfiglioli 1997) und der "Chronomaps" (cf. Mückenberger 2001) veranschaulicht. Die Beziehung, die menschliche Wesen mit bebauter Umgebung verbindet, kann als die Zeitarchitektur charakterisiert werden, die die Stadt formt. Die Zeitstrukturen der physischen Seite der Stadt verbinden sich mit den Zeitstrukturen der sozialen Seite, die letztere siedelt sich in der ersteren an und formt sie. Jede Stadt ist auf einer unterschiedlichen Kombination beider Aspekte, des physischen und des sozialen, aufgebaut - mit einer spezifischen Zeitstruktur, mit Zeitformen, die die Materialität des Alltagsleben offenbaren: Jahreszeiten, Klänge, Geschwindigkeiten, Farben, Lebensrhythmen, Pausen und Eile. Diese spezifischen Zeitstrukturen von Teilen der Stadt werden in der italienischen Diskussion als "Chronotope" bezeichnet.

Es ist eine Art Praxeologie zeitpolitischer Gestaltung im Entstehen: eine zuweilen durchaus intuitiv gewonnene, aber dann systematisch ausgewertete und beurteilte Methodenlehre, welche Gestaltungsinitiativen unter welchen Handlungsbedingungen und Akteurskonstellation versprechen, Hindernisse zu überwinden und Erfolge zu erzielen. Besonders in Italien sind - auf der Grundlage des Konzepts der Chronotope - Instrumente einer elektronisch gestützten Zeit-Kartografie entwickelt und umgesetzt worden, um etwa auf dem Wege der Computersimulation „Attraktoren“ bestimmter Orte in eine zeitliche Ordnung zu bringen und darauf gestützt wünschenswerte De-Synchronisationen oder aber gerade Synchronisationen herbeizuführen (Mailand, Bologna, Bozen-Süd). Überhaupt besteht ein Teil des Fortschritts des zeitpolitischen Ansatzes in der Visualisierung von zeitlichen Gestaltungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten. Das gilt nicht nur für die Kartografie und die elektronisch gestützte Simulation. Es gilt auch für Ausstellungen und Filme zu „Zeiten der Stadt“, die dem spröde erscheinenden Thema Leben einhauchen.

5. Eine demokratische Zeitutopie

Zeitpolitik beschreibt einen Grundgedanken, der seine plausible "alltagstaugliche" Bezeichnung noch sucht. Dieser strukturelle Ansatz ist ein zeitgemäßer Versuch zur Verwirklichung des freiheitlichen Konzepts, das die städtische Zivilisation verheißt. Das Versprechen 'Stadtluft macht frei' erfüllte sich

vielleicht zu einer Zeit, da es darum ging, die Fesseln der agrarisch geprägten Feudalsysteme zu sprengen. Heute gibt es dieses Problem in den westlichen Industrieländern nicht mehr, vielmehr geht es um die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens und die Entwicklung der Lebensqualität in der Stadt – d. h. um die Bekämpfung von Erscheinungen wie Verkehrsstaus, Luftverpestung (heute macht Stadtluft nicht mehr frei, sondern krank!), gnadenlose Ausbeutung, blanken Kommerz, Kriminalität, Sensibilitätsverlust, Lethargie der öffentlichen Behörden und Dienste wie auch Größenwahn der Städteplaner usw. - es geht um das Streben nach Freiheit und ‘solidarischem sozialen Zusammenhalt’, d. h. Freiheit in einem sozial gestalteten Umfeld. Die Kommune gilt nicht mehr – wie in der Nachkriegsperiode – nur als Produktionsstätte, Dienstleister oder Einrichtung für soziale Dienste, als Lieferant und Versorgungsunternehmen, als Betreiber der Infrastruktur usw. Wir stellen heute die Gemeinde hinsichtlich ihrer Bedeutung, Integrität und Qualität als ‘Welt, in der wir leben’ oder hinsichtlich ihres ‘Alltagslebens’ erneut in Frage.

Philosophisch gesprochen geht es um die Wiederbelebung des ‘*bonum commune*’, das Aristoteles mit der *polis* verband. „Das Endziel des Staates [d. h. der *polis*; U. M.] jedoch ist die Vollkommenheit des Lebens, und jenes alles sind nur Mittel zum Zweck. Ein Staat ist also eine Gemeinschaft von Geschlechtern und Dorfgemeinden zum Zwecke eines vollendeten und sich selbst genügenden Lebens, ein solches aber besteht, wie wir behaupten, in einem glückseligen und guten Leben. Als eine Gemeinschaft in guten Handlungen müssen wir mithin die staatliche Gemeinschaft bezeichnen und nicht im bloßen Zusammenleben.“ (*Politik*, Buch 3, Kapitel 9). Es versteht sich von selbst, dass das *bonum commune* heute weniger denn je als etwas objektiv Gegebenes (d. h. als objektiv bestimmbarer Wert oder Zustand) betrachtet werden kann. Selbst für Aristoteles stellte es in der damaligen Zeit das Ergebnis eines Prozesses der demokratischen Mitwirkung dar. Somit ist die Stadt als eine durch sinnvolle Handlungen (und nicht durch bloßes Zusammenleben) geprägte Gemeinschaft nicht in erster Linie eine Stätte der Verwaltung zur Zufriedenstellung der Bürger, sondern vielmehr ein Forum (‘*agora*’) diskursiver Untersuchungen dessen, was die Bürger als vernünftig und fair ansehen, und der Normen und Bedingungen, deren Einhaltung sie wünschen. All jene, die dieser verfahrensmäßigen Wiederbelebung des *bonum commune* keine Beachtung schenken – zahlreiche empirische Hinweise deuten darauf hin, dass dieses noch längst nicht Bestandteil unserer gemeinsamen Kultur ist – müssen feststellen, dass sie immer noch der Tradition der *Jakobiner* oder des glücklicherweise überwundenen ‘realen’ Sozialismus verhaftet sind. Ohne demokratische Verfassung ist so etwas wie das *bonum commune* heute ohnehin nicht mehr denkbar.

Ulrich Mückenberger ist 62 Jahre alt, Professor für Arbeitsrecht und Europarecht an der Universität Hamburg, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Er leitet die Forschungsstelle Zeitpolitik (www.time-lab.de), ist Forschungsdirektor des Centre of International Studies (CIS Hamburg) (www.hwp-hamburg.de) sowie Mitgründer und Erster Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik (www.zeitpolitik.de).

Literatur

Da die schriftliche Fassung des Vortrages stark gekürzt werden musste, werden im Folgenden auch zahlreiche eigene Werke zitiert, aus denen die Leser/innen Begründungen, Details und Hintergrundinformationen entnehmen können.

Aristoteles (1994): *Politik*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
Bremen 2030 (2003): 1. Leitvision „Bremen 2030 – eine zeitbewusste Stadt“, 2. „Bedingungen und Möglichkeiten einer familienfreundlichen Flexibilisierung von KTH-Betreuungszeiten in Bremen“, 3. „Lokale Zeit-

- gestaltung zwischen Spezialisierung und Funktionsmischung – das Bremer Ostertorviertel auf dem Weg zum 24-Stunden-Quartier?"; 4. „Pakte und Dialoge I – zeitpolitische Zugänge zu städtischen Mobilitätsproblemen im Bremer Osten"; 5. „Pakte und Dialoge II – Ein moderner Mobilitätsknoten als Beitrag zur Revitalisierung des Mittelzentrums Bremen-Vegesack"; 6. „Dokumentation des Projektverlaufs von Bremen 2030 – eine zeitbewusste Stadt“ (nur als PDF, auf DVD oder unter www.bremen2030.de), Bremen : Eigenverlag.
- Bonfiglioli, Sandra et al. (1997): *Il tempo e la città fra natura e storia. Atlante di progetti sui tempi della città. Urbanistica Quaderni. Collana dell'Istituto Nazionale di Urbanistica. Anno III.* Rom: Atena srl.
- Carnoy, Martin (2002): *Sustaining the New Economy: Work, Family, and Community in the Information Age*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Castells, Manuel (2001-2003): *Das Informationszeitalter I-III: Die Netzwerkgesellschaft; Die Macht der Identität, Jahrtausendwende*, Opladen: Leske + Budrich.
- Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Hg.) (2003): *Zeit für Zeitpolitik*. Bremen: Atlantik.
- Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Hg.) (2005): *Zeit ist Leben. Manifest*. Berlin: www.zeitpolitik.de
- Giddens, Anthony (1997): *Die Konstitution der Gesellschaft*, 3. Aufl., Frankfurt/M.: Campus-Verlag.
- Hochschild, Arlie Russell. (2002): *Keine Zeit*. Opladen: Leske + Budrich.
- Mückenberger, Ulrich (Hrsg.) (2001): *Bessere Zeiten für die Stadt! Chancen kommunaler Zeitpolitik*. Opladen: Leske + Budrich.
- Mückenberger, Ulrich (2004): *Metronome des Alltags. Betriebliche Zeitpolitiken, lokale Effekte, soziale Regulierung*, Berlin: ed. sigma.
- Mückenberger, Ulrich/Muth, Iris (2001): *Charta „Lebenszeiten – Arbeitszeiten – Zeiten der Stadt“*, in: Mückenberger, Ulrich (Hrsg.): *Bessere Zeiten für die Stadt*. Opladen: Leske + Budrich, S. 246–256.
- Mückenberger, Ulrich/Warsewa, Günter (2005), *Zeitgerechtigkeit als Lebensqualität*, DIFU (Hrsg.) *Stadt 2030. Ergebnisbände, Band I*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften (im Erscheinen).
- Ost, Francois (1999): *Le temps du droit*, Paris: éd. Odile Jacob.
- Winkler, Günter (1995): *Zeit und Recht*, Wien/New York: Springer-Verlag.